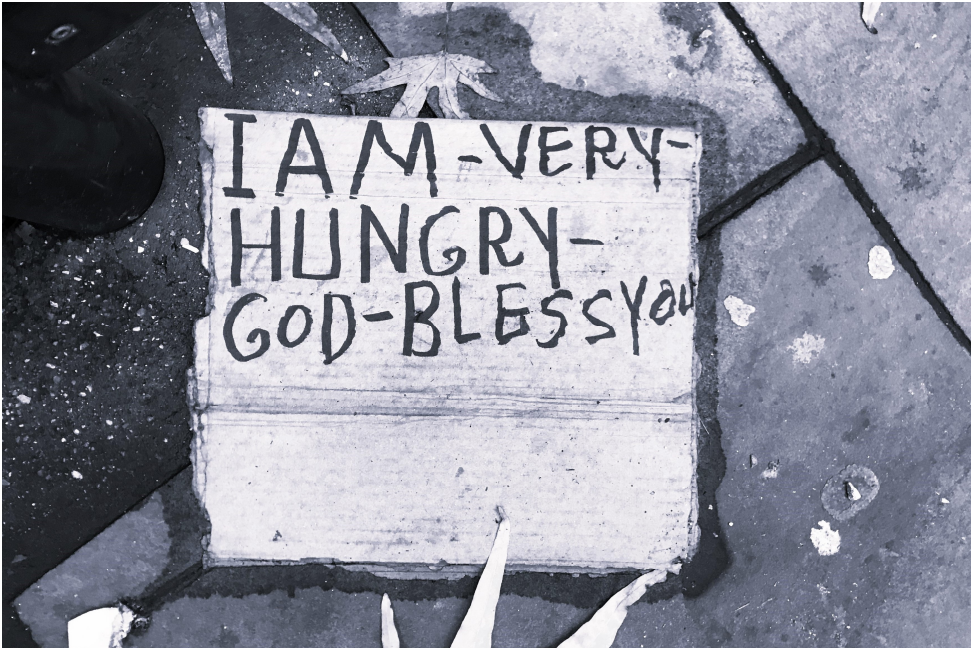


Robert-Tillmanns-Haus e.V.

Niko Rollmann



„A Tale of three Cities“

Obdachlosigkeit in Berlin, London und New York

– Edition RTH –
Heft XVI

Inhaltsverzeichnis

1.	Vorwort	4
2.	Berlin	6
3.	London	17
4.	New York	25
5.	Schlussfolgerungen	32
6.	Literatur zum Thema	35



1. Vorwort

Seit mehreren Jahrzehnten stellt Obdachlosigkeit eines der größten sozialen Probleme westlicher Metropolen dar. Während es in den fünfziger und sechziger Jahren vielerorts noch so aussah, als hätte man dieses (oftmals noch kriegsbedingte) Phänomen fast überwunden, so sollten seit den siebziger Jahren vielerorts wieder vermehrt Menschen „auf der Straße“ leben. Und während Obdachlosigkeit früher primär sozial Benachteiligte betraf, so hat sie seit zehn, fünfzehn Jahren nun auch die Mittelschicht erreicht: Der im Rahmen neoliberaler Politik erfolgende Abbau sozialer Sicherungssysteme hat in Kombination mit einer weitgehend vom Markt bestimmten Wohnraumversorgung, Gentrifizierungstendenzen, prekarierten Arbeitsverhältnissen und einer Verarmung von Teilen der Mittelschicht, dazu geführt, dass es praktisch „jeden treffen kann“.

Wenn es sich bei Obdachlosigkeit somit um ein länderübergreifendes Problem handelt, so ist dabei zugleich auffällig, dass die Berichterstattung und oft auch die Forschung sich eher durch eine „lokal ausgerichtete“ Perspektive auszeichnen: Die Medien berichten oft über die Zustände vor Ort, mitunter über die Situation im Lande – und nur sporadisch über die Obdachlosigkeit in anderen Staaten (wobei es dann zumeist um die global beliebten „Horror-Beispiele“ wie Los Angeles oder San Francisco geht). Damit hat sich die „internationale“ Darstellung zumeist erledigt.

Dabei sind es aber gerade die vergleichenden Perspektiven, die aufschlussreiche Hinweise auf die Entstehung, Auswirkungen und Bekämpfung von Obdachlosigkeit liefern können: Wenn man nur die Verhältnisse in einzelnen

Städten beziehungsweise Ländern betrachtet, ist es oft schwierig, das Knäuel, das die Entstehung von Obdachlosigkeit und ihre Bekämpfung darstellen, zu entwirren. Beim Vergleich lassen sich dann aber bestimmte Muster und Strukturen identifizieren, die wertvolle Hinweise liefern. Zugleich muss man sich darüber im Klaren sein, dass systematische, empirisch stringente Vergleiche kaum machbar sind. Das hängt sowohl mit der grundsätzlichen Komplexität des Problems als auch damit zusammen, dass die Datenlage oftmals problematisch ist:

Die reale Zahl der Obdachlosen ist nur sehr schwer zu erfassen (wie die Debatte um die Obdachlorenzählungen in Berlin gerade zeigte). Zudem stellen sich auch Probleme der Definition: Während man im deutschen Diskurs oft Wert auf den Unterschied zwischen Wohnungs- und Obdachlosen legt, wird in Texten aus dem britischen Sprachraum oft einfach nur von „the homeless“ gesprochen. Darüber hinaus ist es aus nachvollziehbaren Gründen seitens der politischen Eliten oftmals nicht erwünscht, das genaue Ausmaß der Obdachlosigkeit zu dokumentieren, da „hohe Zahlen“ die jeweiligen Regierungen in ein schlechtes Licht rücken könnten. Auch andere Dimensionen der Problematik sind länderübergreifend nur schwer zu erfassen. Immerhin hat die „European Federation of National Organisations working with the Homeless“ (FEANTSA) mit ihrer „Europäischen Typologie für Wohnungslosigkeit“ (ETHOS) zumindest einen ersten fundierten Ansatz für entsprechende Forschung geschaffen.

Jenseits der oben erwähnten Unsicherheitsfaktoren liegt auf der Hand, dass die solch einem Vergleich unterzogenen Städte auch *vergleichbar* sein sollten: Wenn man zum Beispiel die Obdachlosigkeit in Bielefeld mit der Kuala Lumpur vergleichen wollte, könnten die Ergebnisse vielleicht „interessant“ sein, würden letzten Endes aber nur über sehr begrenzte Aussagekraft verfügen. Insofern ergibt nur eine Untersuchung real vergleichbarer Metropolen Sinn. Der Verfasser hat sich deswegen für eine Darstellung der Situation in New York, London und Berlin entschieden. Sie sind drei der bedeutendsten westlichen Metropolen: Berlin als verruchter „Emporkömmling“ Kontinentaleuropas, London als einstiges Zentrum des weltumspannenden „Empires“ und New York als Symbol der „Neuen Welt“. Alle drei sind dabei „mythenbehaftet“, ihre kulturelle und politische Bedeutung geht weit über ihre reale Größe und Einwohnerzahl hinaus. Und sie haben noch eine andere Gemeinsamkeit: Sie sind die zentralen Großstädte der drei Staaten, die als Geburtsstätten des Neoliberalismus gelten. Welche Bedeutung das hat, soll später noch erläutert werden. Hinsichtlich der Methodik wird hier zuerst die Situation „damals und heute“ in den einzelnen Städten dargestellt. Anschließend folgt eine vergleichende Auswertung. Das erste Fallbeispiel wird Berlin sein.

2. Berlin

In der frühen Nachkriegszeit gab es in Berlin zunächst eine sehr hohe Obdachlosigkeit: Die Bombenangriffe und die Kämpfe der letzten Kriegswochen hatten große Teile des Wohnbestandes zerstört. Im Rahmen des Wiederaufbaus der fünfziger und sechziger Jahre sollte die kriegsbedingte Obdachlosigkeit dann zum großen Teil verschwinden: Der Bau neuer Wohnungen und die Instandsetzung kriegsbeschädigter Häuser gehörten damals zu den vorrangigen gesellschaftlichen Aufgaben. Wenngleich die Wohnverhältnisse im Vergleich zu heutigen Standards sehr beengt waren, gelang es doch, den meisten Menschen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Das galt besonders für eine Stadt wie Berlin, in der zwei verschiedene gesellschaftliche Systeme gegeneinander antraten und jeweils ihre „sozialpolitische Konkurrenzfähigkeit“ beweisen mussten:

West-Berlin konnte den Wohnungsbau aufgrund der Unterstützung durch die Bundesrepublik und die westlichen Besatzungsmächte kraftvoll in Angriff nehmen. Der in den 1950ern auf den Weg gebrachte soziale Wohnungsbau sorgte zusammen mit der guten wirtschaftlichen Lage dafür, dass Obdachlosigkeit weitgehend verschwand. Obdachlos waren nur noch ein paar „Tippelbrüder“, oft Menschen, die nach dem Kriege nicht mehr richtig auf die Beine gekommen waren. Die DDR wiederum wollte zeigen, dass sie die alten sozialen Probleme der Vorkriegszeit gelöst hatte, somit gehörte staatlicher Wohnungsbau zum Pflichtprogramm. Die Schattenseite dieser Politik war allerdings, dass Obdachlose das Ziel staatlicher Repression wurden: Der Paragraph 249 des DDR-Strafgesetzbuches kriminalisierte Obdachlosigkeit. Und auch im Westen Berlins konnte sie strafrechtlich geahndet werden. Auf jeden Fall verschwand Obdachlosigkeit zu jener Zeit weitgehend von der Straße. Im Rahmen der „Relikttheorie“ ging man davon aus, dass sie nur ein Überbleibsel des Zweiten Weltkrieges sei und bald verschwinden würde.

Ab Ende der 1960er zeigte sich jedoch im Westen Berlins, dass diese Sichtweise nicht der Realität entsprach: Es gab immer wieder „Nachrücker“, die die Asyle, in denen Obdachlose damals untergebracht waren, aufs Neue bevölkerten. Dabei handelte es sich zumeist um kinderreiche Familien aus sozial schwachen Verhältnissen. Mitunter waren sie auch Opfer der Stadtsanierung: Ihre alten, günstigen Wohnungen hatte man abgerissen. Die neuen „Sozialwohnungen“, die sie dann beziehen mussten, waren zwar komfortabler – oft aber auch teurer und somit nicht bezahlbar. Darüber hinaus tauchten in den späten 1960ern zwei neue „Problemgruppen“ auf: zum einen die so genannten „Trebegänger“. Das für jene Zeit charakteristische Aufbegehren junger Menschen gegen ihre Eltern führte oft zu großen innerfamiliären Konflikten. Viele Jugendliche rissen dann von Zuhause – oder aus den Heimen, in die man sie gesteckt hatte – aus. Die Anzahl dieser Trebegänger in West-Berlin könnte mehrere hundert Personen betragen haben. Zum anderen kam mit dem Auftauchen der ersten Heroinabhängigen eine weitere neue Gruppe

obdachlosigkeitsgefährdeter Menschen hinzu: Die Betroffenen landeten früher oder später oft auf der Straße.

In der ersten Hälfte der folgenden siebziger Jahre sollten sich dann viele Dinge verändern: Es gab zum Beispiel eine verstärkte Wahrnehmung sozialer Probleme. Im Zusammenhang mit der Situation Obdachloser gerieten so auch die Zustände in den Asylen in den Fokus der Aufmerksamkeit: Die Obdachlosen waren oft in heruntergekommenen und peripher gelegenen Unterkünften untergebracht. Teilweise war in diesen Häusern sogar der Stromverbrauch begrenzt. Diese menschenunwürdigen Verhältnisse führten zu einer Abwärtsspirale und verstärkter sozialer Stigmatisierung. Oft kam man aus diesen Heimen dann nicht mehr heraus, die Menschen blieben teilweise fünf oder zehn Jahre dort.

Was die Ursachen von Obdachlosigkeit betraf, so hatten die meisten Betroffenen ihre Wohnung aufgrund von Mietschulden, Eigenbedarf des Vermieters, Konflikten mit Vermietern, Ehezerwürfnissen oder Streitereien mit anderen Mietern verloren – oder durch die Vernachlässigung ihrer Wohnung. Wenn man kinderreich war oder es vor Ort nicht genügend preiswerten Wohnraum gab, war die Gefahr der Obdachlosigkeit besonders groß. Ein Teil der Obdachlosen war auch der erwähnten Sanierungspolitik zum Opfer gefallen. Zum damaligen Ausmaß des Problems: 1970 wurden in Berlin 5706 in Asylen und Obdachlosenwohnungen untergebrachte Menschen gezählt.

Aufgrund des bereits angesprochenen neuen Bewusstseins für soziale Missstände gab es schließlich auch auf der politischen Ebene einen Paradigmenwechsel. Das entsprechende Stichwort war Resozialisierung: Obdachlosenasyle sollten keine „Primitivunterkünfte“ mehr sein, sondern angemessen eingerichtete Wohnstätten mit ausdifferenzierten Hilfsangeboten zwecks einer „Wiedereingliederung in die Gemeinschaft“. Und man bemühte sich, Obdachlose zu mehr Selbsthilfe zu organisieren sowie die Umgebung der Unterkünfte bei ihrer Resozialisierung mit einzubinden. Der sogenannte Obdachlosenplan des Berliner Abgeordnetenhauses von 1974 stellte in diesem Zusammenhang ein klares Signal dar.

Ab Mitte der siebziger Jahre zeigte sich ein weiterer Umbruch: Mit der Entkriminalisierung der Obdachlosigkeit wurde die staatliche Repression zum großen Teil beendet. Das stellte einen enormen Fortschritt dar, bedeutete leider aber auch, dass die zuvor „kasernierte“ Obdachlosigkeit nun praktisch auf die Straße schwappte. Ein zentraler Anlaufpunkt war dabei der Bahnhof Zoologischer Garten, wo das menschliche Elend schließlich kaum noch zu übersehen war. Angesichts dieser Umstände entstand 1976 eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Situation befasste. Als Ergebnis ihrer Tätigkeit nahm 1978 ein aus sechs Sozialarbeiterinnen bestehendes Team die Arbeit auf. War es zunächst auf den Bahnhof fokussiert, so gerieten bald auch andere „Hotspots“ ins Blickfeld: das Umfeld der Gedächtniskirche, die Fläche vor dem Wertheim-Kaufhaus, der Savignyplatz, der Nollendorfplatz und der ehemalige Görlitzer

Bahnhof. Die Einrichtung einer Beratungsstelle für Obdachlose in der Levetzowstraße sollte 1980 dann einen Meilenstein darstellen: Nun standen endlich angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung (zuvor hatte es nur einen Mietcontainer gegeben). Laut Schätzung der zu den erwähnten Sozialarbeiterinnen gehörenden Dorothea Simon-Zeiske gab es damals etwa 4000 bis 6000 Obdachlose in West-Berlin.

In den achtziger Jahren wurde die Präsenz von Obdachlosen auf den Straßen West-Berlins oft als nichts Besonderes mehr angesehen: Während die bei einem Teil der Bevölkerung in den sechziger Jahren entwickelte Sensibilität für soziale Missstände nach wie vor existierte, schienen sich die meisten Menschen für solche Themen nun nicht mehr zu interessieren. Man nahm diese Zustände hin und glaubte nicht, daran noch etwas ändern zu können.

In diesem Zusammenhang verkündete auch der Neoliberalismus, der seit Ende der 1970er zunehmenden Einfluss auf das Denken und Handeln westlicher Regierungen ausübte, eine ganz eigene Botschaft: Jeder ist seines Glückes Schmied und wer in eine soziale Notlage gerät, hat selbst Schuld dran. Was die konkrete Situation in West-Berlin betraf, so sollte die damalige schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt das Problem der Obdachlosigkeit verschärfen. Zugleich gab es aber die Möglichkeit, in besetzten Häusern unterzukommen, was zumindest von einem Teil der Obdachlosen wahrgenommen wurde.

Im Bereich der Obdachlosenfürsorge gab es zugleich einen Ausbau der Hilfsangebote. Dieser Trend sollte sich zum Beispiel anhand der 1989 ins Leben gerufenen Kältehilfe zeigen, in deren Rahmen gezielt für zusätzliche, dezentralisierte Notunterkünfte und andere Hilfsangebote gesorgt wurde. Bei der Unterstützung Obdachloser spielte nun auch die Kirche eine größere Rolle. Das hing unter anderem auch damit zusammen, dass das Vorgehen des Senates gegenüber Obdachlosen teilweise als sehr hart empfunden wurde. Die Kirche führte in jenem Jahrzehnt zum Beispiel niedrigschwellige Angebote ein, die sich auch an Menschen ohne Papiere richteten und keiner Bedürftigkeitsprüfung unterlagen. Während einige Kirchengemeinden in diesem Bereich „voranpreschten“, gab es aber auch andere, die kein Engagement an den Tag legten oder erst durch den Druck von AktivistInnen motiviert wurden, sich für Obdachlose einzusetzen.

Zu den positiven Entwicklungen der achtziger Jahre gehörte auch, dass die alten Obdachlosenasyile, in denen – wie oben dargelegt – Menschen unter zumeist sehr problematischen Bedingungen untergebracht waren, nun sukzessive geschlossen wurden: Man brachte in ihnen keine „Neuzugänge“ mehr unter und die Hilfsnetzwerke bemühten sich, die dort Lebenden in regulären Mietwohnungen unterzubringen.

Am Ende der achtziger Jahre zeigten sich neue Belastungsfaktoren: Die Aufhebung der Mietpreisbindung 1988 reduzierte die Zahl zur Verfügung stehender preiswerter Wohnungen.



Obdachlose campieren im Berliner Regierungsviertel

Hinzu kam ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zudem wurde die Lage auf dem Wohnungsmarkt beziehungsweise in den Notunterkünften durch die verstärkte Zuwanderung von Aus- und ÜbersiedlerInnen verschlechtert. Zu jenem Zeitpunkt lebten in West-Berlin zwischen 3000 und 6000 Menschen auf der Straße. Die städtischen Unterkünfte waren mit dieser Situation überfordert und mussten die Teilnehmenden oft in minderwertige „Läusepensionen“ einquartieren.

Ab 1989 gab es dann gravierende Veränderungen: Der Zusammenbruch der DDR und die folgende Wiedervereinigung führten zu einer sozialen Implosion Ostdeutschlands. Viele Menschen verloren ihren Arbeitsplatz und erlebten, dass ihre beruflichen Fähigkeiten auf einen Schlag wertlos waren. Diese Deklassierung ging oft mit einer Auflösung sozialer Bindungen einher. Viele Ostdeutsche waren zudem mit einer Welt, in der sich innerhalb kürzester Zeit alles verändert hatte, massiv überfordert. Andere kamen mit den Verlockungen der neuen Konsumgesellschaft nicht klar, überschuldeten sich und konnten ihre Miete nicht mehr zahlen. Diese „Wendeverlierer“ sollten die Zahl der Obdachlosen in die Höhe schießen lassen. Es kamen weitere negative Faktoren hinzu:

In der DDR hatten Mietschulden zunächst einmal keine besondere Bedeutung gehabt und waren nicht mit größeren Sanktionen verbunden. Im neuen System konnten sie aber schnell zur Zwangsräumung führen. Die Tatsache, dass die vorher recht günstigen Mieten im Osten Berlins zudem schnell auf ein „marktwirtschaftliches“ Niveau kletterten, verschärfte auf die Situation zusätzlich. Zugleich setzte in den 1990ern der umfassende Verkauf landeseigener Wohnungen ein, was verheerende Auswirkungen auf das Angebot an bezahlbaren Wohnungen in Berlin haben sollte. Die 1993 erfolgende Einführung des „Geschützten Marktsegments“ konnte ihr Ziel, Menschen aus finanziell schwachen Verhältnissen oder in notfallartigen Situationen einen Zugang zum Wohnungsmarkt zu verschaffen, nur zum Teil erreichen.

Die Anzahl der Obdachlosen sollte zudem durch Zuwanderung erhöht werden: So kamen zum Beispiel Menschen, die anderswo aufgrund der Schließung von Betrieben ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Sie hofften, in Berlin einen neuen Job zu finden, bekamen aber keinen und landeten auf der Straße. Desgleichen kamen auch viele junge Menschen, die den katastrophalen Verhältnissen in Ostdeutschland und dem damit verbundenen Rechtsradikalismus entkommen wollten. Die vielen leerstehenden beziehungsweise besetzten Häuser im Osten Berlins schienen zumindest theoretisch eine Möglichkeit zu bieten, irgendwo unterzukommen. Hinzu kamen gestrandete Osteuropäer: In einer Stadt der Aufbrüche wollten sie neue Lebensperspektiven finden ... und scheiterten mitunter. Andere waren ursprünglich als osteuropäische oder sowjetische Stipendiaten nach Berlin gekommen. Die mit dem Systemwechsel in ihrer Heimat verbundenen ökonomischen Umbrüche hatten ihnen dann „den Boden unter den Füßen weggezogen“.

Es gibt keine zuverlässige Daten, aber es ist davon auszugehen, dass sich die Zahl der Berliner Obdachlosen damals in etwa verdoppelte. 1992 waren es circa 12 000 Personen. Da es vor allem in der Anfangszeit nach der Wende im Osten Berlins nur sehr rudimentäre Hilfsangebote gab, sahen sich die West-Berliner Anlaufstellen mit einem überwältigenden Andrang konfrontiert.

Parallel zu diesen Entwicklungen waren Obdachlose verstärkter Diskriminierung ausgesetzt: Der damalige „Rechtsruck“ bedeutete, dass sie immer häufiger Opfer gewalttätiger Angriffe wurden. Auch jenseits dieser Übergriffe sahen sie sich mit einer neuen Kälte konfrontiert: Das neoliberale Gedankengut und die damit einhergehende Wirtschaftsordnung breiteten sich zu jener Zeit rapide aus. Der Zusammenbruch des Ostblocks schien denjenigen Recht zu geben, die glaubten, dass „der Markt“ praktisch alles regeln könne. Es wurde somit auch nicht mehr als Aufgabe des Staates angesehen, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Damit war eine zunehmende Empathielosigkeit gegenüber sozial Schwachen verbunden. Die mit dem Neoliberalismus einhergehende Privatisierung öffentlicher Räume und die Tatsache, dass Berlin sich als Wirtschaftsstandort anpreisen wollte, führten zudem dazu, dass Obdachlose zunehmender Repression seitens der Polizei und privater Sicherheitsdienste ausgesetzt waren. Auch die Hilfsangebote für Obdachlose waren oft

immer noch unzulänglich: Die Unterkünfte befanden sich häufig an abgelegenen Orten und erwiesen sich oft aufgrund der in ihnen herrschenden Zustände als abschreckend.

Positive Nachrichten gab es damals nur wenige: 1994 wurden die sogenannten „Kältebusse“ eingeführt. Bis zum heutigen Tage spielen sie bei der Aufgabe, auf der Straße Lebende vor dem Erfrieren zu schützen, eine wichtige Rolle. Zudem sollte sich am Ende des Jahrzehnts die Situation dadurch etwas verbessern, dass die Angebote der Träger der freien Wohlfahrtspflege auf dem Gebiet der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten in die Entgeltfinanzierung übergingen – womit die Angebote bedarfsgerechter ausgebaut werden konnten.

Am Anfang der nuller Jahre gab es zum ersten Mal eine Konsolidierung im Bereich der Obdachlosigkeit: Die wirtschaftliche Talsohle war erreicht worden, eine leichte Verbesserung der Lage deutete sich an. Die Anzahl der auf der Straße lebenden Menschen sank, wohnungslos gewordenen Familien konnte relativ schnell geholfen werden. Zu jenem Zeitpunkt ließ sich das Gros der Berliner Obdachlosen übrigens als deutsch, männlich, mittleren Alters und häufig psychisch stark belastet charakterisieren. Mitte des Jahrzehnts hatte die Zahl der Obdachlosen schließlich einen Tiefstand erreicht. Danach stieg sie aber wieder an:

In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts verwandelte sich Berlin in ein „Boomtown“. Einerseits bedeutete diese Entwicklung, dass es weniger Arbeitslose und somit auch weniger gefährdete Personen gab. Im Ganzen sollte sich die Situation im Kontext der Obdachlosigkeit jedoch verschlechtern: Das einsetzende Wachstum der Bevölkerung und die Tatsache, dass aufgrund der Finanzkrise „Betongold“ als lukrative Anlageform entdeckt worden war, führten zu einem starken Druck auf den Berliner Immobilienmarkt: Die Mieten schossen in die Höhe, viele Menschen konnten ihre Wohnung nicht mehr halten. Die Tatsache, dass es weiterhin einen dramatischen Rückgang der Anzahl staatlich geförderter Wohnungen gab, sorgte für eine zusätzliche Verschärfung der Situation: Zwischen 2008 und 2018 hat sich ihre Anzahl fast halbiert!

Zugleich kam der Trend einer „Rückkehr in die Großstadt“ hinzu: Während früher der Traum vieler Menschen ein „Haus im Grünen“ gewesen war, so hat sich diese Tendenz innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte teilweise umgekehrt: Die Innenstädte sind sowohl durch politische Maßnahmen als auch durch das Engagement von Bürgerinitiativen und anderen Akteuren attraktiver geworden. Heutzutage gilt es als chic, in einem „angesagten“ Viertel zu leben. Die Schattenseite dieser Entwicklung ist weitere Verteuerung des innerstädtischen Wohnraums.

Ein weiterer Faktor war, dass aufgrund des 2005 in Kraft getretenen EU-Freizügigkeitsgesetzes verstärkt auch ost- und südosteuropäische Obdachlose auftauchten. Berlin ist für diese Menschen leicht zu erreichen und sie fin-



Nächtliche Mahnwache für Obdachlose am Roten Rathaus (2021)

den hier bessere Lebensbedingungen vor: Im Winter ist es etwas wärmer (ein paar Grad machen für Obdachlose bereits einen großen Unterschied aus); zudem gibt es bessere Hilfsangebote als daheim. Obdachlose können sich außerdem mit dem Sammeln von Pfandflaschen über Wasser halten und zwischendurch in der S- und U-Bahn „Wärme tanken“. Zugleich sind Diskriminierung und staatliche Repression in Berlin nicht so stark ausgeprägt wie anderswo – und es gibt bereits eine vorhandene osteuropäische „Community“. Mitunter sind osteuropäische Obdachlose auch gekommen, weil ihnen daheim Haft- oder Geldstrafen drohen.

In den zehner Jahren gab es dann eine weitere Verschärfung der Situation: Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass 2009 schätzungsweise 1000 bis 2000 Obdachlose in Berlin lebten. Zehn Jahre später waren es circa 6000 bis 10 000! Hinzu kamen die Wohnungslosen, die in Bezirks- oder sonstigen Unterkünften untergebracht waren oder bei Freunden beziehungsweise Bekannten lebten. Ihre Zahl hatte sich zwischen 2013 und 2016 etwa vervierfacht. Für diese Entwicklung waren folgende Faktoren verantwortlich:

Zum einen ging es um den bereits beschriebenen zentralen Trend: ein starker Anstieg der Mieten. Zudem sahen sich „Altmietler“ oft Versuchen ihrer Vermieter ausgesetzt, sie aus ihrer Wohnung zu drängen – denn eine Neuvermietung ließ sich zumeist mit stark erhöhten Mieteinnahmen verbinden. Und: Wer, aus welchen Gründen auch immer, seine Wohnung verlassen musste, hatte kaum eine Chance, eine bezahlbare neue Unterkunft zu finden. Der Immobilienboom hatte aber auch auf ganz anderen Ebenen negative Folgen: So

konnten Obdachlose zum Beispiel ursprünglich mitunter in den Dachgeschossen von Mietshäusern schlafen. Durch die zunehmende Umwandlung dieser Räumlichkeiten in Luxusappartements wurde ihnen diese Möglichkeit nun oft genommen.

Es kam hinzu, dass aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung und durch die starke Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen innerhalb der letzten Jahrzehnte immer mehr Menschen mit „lückenhaften Erwerbsbiographien“ das Rentenalter erreichten – und von ihren Bezügen kaum Leben konnten. Staatliche Sozialleistungen linderten diese Not nur teilweise, da die Mieten nur bis zu einer bestimmten Höhe übernommen wurden.

Ein weiterer Grund war die bereits angesprochene starke Zunahme an OsteuropäerInnen unter den Obdachlosen. Jenseits der geschilderten „Pull-Faktoren“ kam in diesem Zusammenhang hinzu, dass ein Teil der hier beschäftigten OsteuropäerInnen von dubiosen ArbeitgeberInnen um den Lohn geprellt beziehungsweise nicht angemessen bezahlt wurde. Am Ende des Weges stand dann oft „die Straße“. Es gibt Schätzungen, dass sich von 2014 bis 2020 der ursprünglich etwa 30 Prozent betragende Anteil von OsteuropäerInnen an den Berliner Obdachlosen verdoppelte.

Als weiterer Faktor sollte sich ab 2015 das verstärkte Flüchtlingsaufkommen auf die Situation auswirken: Die Stadt war zwar „so gerade eben“ in der Lage, den Geflüchteten ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Aber die Zustände waren teilweise so extrem, dass davon auszugehen ist, dass zumindest einzelne Personen ein Leben auf der Straße bevorzugten. Hinzu kamen untergeachtete, nicht anerkannte Flüchtlinge beziehungsweise „Illegale“ ohne gültige Papiere.

Die Verschärfung der Lage sollte sich auch durch die zunehmende Präsenz kleiner informeller Siedlungen zeigen, die zum Beispiel im Tiergarten wie Pilze aus dem Boden schossen. Die oftmals problematischen hygienischen Zustände im Umfeld dieser Siedlungen führten zu Beschwerden und folgenden Räumungen – was wiederum nach sich zog, dass die Betroffenen ihre Zelte dann anderswo aufbauten. Die Politik der schnellen Räumungen wurde teilweise heftig kritisiert, während die zuständigen BezirkspolitikerInnen Ländern wie Polen vorwarfen, ihre sozialen Probleme nach Berlin zu „exportieren“.

Wie reagierte die Politik auf diese Entwicklungen? Zuerst war eine „von Fall zu Fall“-Vorgehensweise zu beobachten: Man griff dort ein, wo sich akut Probleme zeigten. So nahm zum Beispiel 2017 eine neue „Task Force Tiergarten“ ihre Arbeit auf: Sie ließ zahlreiche informelle Siedlungen in dem Park räumen. In einigen Fällen wurde obdachlosen Polen dann ein kostenloser Rücktransport in ihr Heimatland angeboten. Möglicherweise waren derartige Angebote teilweise mit der Drohung verbunden, den Betroffenen keine Unterstützung mehr zukommen zu lassen. Auf jeden Fall war die Resonanz sehr



Sogenannter Gabenzaun für Obdachlose während der Corona-Pandemie

gering. Angesichts der anhaltenden Kritik, dass es keinen „Masterplan“, keine Koordination der verschiedenen Behörden, zu wenig Notunterkünfte und keine zuverlässigen Daten gäbe, ließen sich dann aber verstärkte Bemühungen seitens der Ämter erkennen – gerade auch mit Blick auf die anstehende Kälteperiode: So wurde zum Beispiel die Anzahl der bereitgestellten Schlafplätze im Vergleich zum Vorjahr von 965 auf maximal 1264 aufgestockt. Ebenso wurde eine bedeutende Vergrößerung der Berliner Bahnhofsmission zusammen mit einer Erweiterung ihrer Hilfsangebote initiiert.

Einen großen Schritt stellte dann eine Anfang 2018 stattfindende Strategiekonferenz dar: Etwa 200 Teilnehmende des Senats, der Bezirke und der Hilfsorganisationen berieten das weitere Vorgehen. Grundsätzlich ging es darum, ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit zu erarbeiten und die entsprechende Koordination zu verbessern. Dazu gehörte jenseits einer Erhöhung der Anzahl der Schlafplätze auch die Einsicht, dass es nicht ausreichte, die Angebote auf den üblichen „saisonalen Kältehilfemodus“ zu fokussieren. Des Weiteren ging es zum Beispiel um die Erweiterung niedrigschwelliger Angebote und die Aufstellung diverser Arbeitsgruppen. Auch sollte verlässliches Datenmaterial zum Thema zusammengestellt werden. Wenngleich diese Konferenz und ihr „Nachfolger“ im Oktober 2018 einen

bedeutenden Fortschritt darstellten, so fehlte immer noch ein umfassendes Konzept für Wohnungslose. Derweil hatte man 2018 übrigens auch ein „Housing First“-Projekt ins Leben gerufen, das darauf basierte, obdachlosen Menschen zuerst „ohne Wenn und Aber“ eine Unterkunft zu verschaffen – und *danach* alle weiteren Hilfsmaßnahmen zu unternehmen. Ein Jahr nach Start des Projektes hatten so 35 Personen eine eigene Wohnung beziehen können (bis August 2023 sollten es etwa 60 sein).

In den folgenden Kälteperioden 2018/19 und 2019/20 sollten die Angebote der Kältehilfe zahlenmäßig auf relativ hohem Niveau konsolidiert und zeitlich erweitert werden. Zugleich warnten die involvierten Institutionen davor, die Anzahl der Schlafplätze einfach nur immer weiter hochzuschrauben. Stattdessen müssten präventive Maßnahmen verstärkt und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Immerhin: Es hatte nun erst einmal eine bedeutende Verbesserung der Fürsorgemaßnahmen gegeben. Dazu gehörte auch ein 2019 beschlossenes Maßnahmenpaket, das zum Beispiel die hygienische Versorgung Obdachloser verbessern sollte. Zudem erarbeitete der Senat neue Leitlinien zur Wohnungslosenpolitik. Zu den wichtigsten vorgesehenen Maßnahmen gehörten eine Aufstockung der durchgehend verfügbaren Notübernachtungsplätze von 250 auf 600, ein Ausbau des Geschützten Marktsegmentes auf 2500 Wohnungen (zu jenem Zeitpunkt waren es etwa 800-1000) sowie eine Zählung der Obdachlosen. Jenseits dieser Ziele fehlten immer noch eine zentrale Steuerung und Koordination der Hilfsangebote, ebenso eine Ausdifferenzierung des Angebots an ganzjährigen Unterkunftsmöglichkeiten – und eine Strategie für osteuropäische Obdachlose.

Die erwähnte Obdachlosenzählung ermittelte Anfang 2020 knapp 2000 Personen. Dabei gab es jedoch Kritik sowohl an der Methodik (die erwähnte Zahl wurde von den meisten Fachkundigen als viel zu niedrig angesehen) als auch daran, dass man das Vorhaben als Verstoß gegen die Menschenwürde empfand. Spätere, für 2022 und 2023 vorgesehene Zählungen wurden dann jeweils abgesagt – die genauen Gründe dafür sind nicht bekannt.

Im März 2020 erreichte das Coronavirus Berlin, umfassende Lockdown-Maßnahmen wurden verhängt. Für die Berliner Obdachlosen stellte die Pandemie eine Katastrophe dar: Sämtliche Hilfsorganisationen mussten entweder schließen oder ihr Angebot stark einschränken. Zugleich brachen den Obdachlosen die wichtigsten Einnahmequellen – das Verkaufen von „Straßenzeitungen“ in U- und S-Bahn sowie das Sammeln von Pfandflaschen – zum großen Teil weg: Die Anzahl der den öffentlichen Nahverkehr benutzenden Personen brach stark ein, es kamen keine TouristInnen mehr. Auch Spenden gab es kaum noch, da Obdachlose von vielen Menschen, die befürchteten, sich bei ihnen anzustecken, bewusst gemieden wurden.

In Sachen „Bekämpfung von Obdachlosigkeit“ konnte unter diesen Umständen nicht viel erwartet werden, die Politik war zum größten Teil auf die Pandemie fixiert. Eine Ausnahme gab es allerdings: Berlin führte im Jahre 2020

einen „Mietendeckel“ ein, der nach kurzer Zeit allerdings vom Bundesverfassungsgericht wieder kassiert wurde. Der Versuch, die seit Jahren stark ansteigenden Mieten zu begrenzen, war damit gescheitert. Seitens der Zivilgesellschaft sollte der erfolgreiche „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“-Volksentscheid 2021 Aufmerksamkeit erregen – er sollte die Macht der großen Immobilienkonzerne einschränken. Ob beziehungsweise in welcher Form die Enteignungen stattfinden werden, ist allerdings noch nicht geklärt.

Momentan scheint das Thema Obdachlosigkeit in der Politik und in den Medien weniger Platz einzunehmen als vorher. Angesichts der Tatsache, dass die zugrunde liegenden Missstände immer noch existieren, könnte es aber nur eine Frage der Zeit sein, bis sich das wieder ändert.



Obdachlose Frau im Gespräch (London, um 1970)

3. London

Während in Deutschland zwischen *Wohnungslosen* und *Obdachlosen* differenziert wird, sieht die Kategorisierung der Betroffenen in Großbritannien anders aus: Auf der begrifflichen Ebene wird zumeist nur von den „homeless“ gesprochen, die wiederum in folgende Gruppen unterteilt werden:

- ♦ Wohnungslose, die vom Staat in „temporary accomodation“ (temporären Unterkünften) wie zum Beispiel Hostels und Hotels untergebracht werden.
- ♦ Wohnungslose, die als „hidden homeless“ bei Verwandten, FreundInnen oder Bekannten unterkommen und von den Behörden nicht erfasst werden, da sie keine Ansprüche auf staatliche Leistungen stellen oder stellen können.
- ♦ „Squatter“ (Hausbesetzer), die in Großbritannien auf eine lange Tradition zurückgreifen können.

- ◆ Auf der Straße lebende, „rough sleepers“ genannte Obdachlose.

Während in Berlin Obdachlosigkeit in den sechziger und frühen siebziger Jahren kein großes politisches Thema war und primär nur soziale Randgruppen betraf, sah die Situation in der britischen Hauptstadt ganz anders aus – bis zum heutigen Tage ist Obdachlosigkeit dort praktisch ein „Dauerbrenner“. Dabei hatte man zunächst einmal die gleiche Ausgangslage wie in Berlin:

Durch die schweren deutschen Bombenangriffe und den Beschuss mit V-Waffen waren große Teile der Stadt stark zerstört worden. Das betraf besonders den hauptsächlich ärmere Menschen beherbergenden Osten Londons. Es kam hinzu, dass während des Krieges natürlich kaum neuer Wohnraum geschaffen werden konnte. Nach 1945 musste Großbritannien wiederum mit großen wirtschaftlichen Problemen kämpfen: Zwar gehörte es zu den Siegermächten des Krieges, musste sich dafür aber in hohem Maße bei den USA verschulden – es war eine „Weltmacht im Niedergang“. Im besonderen Falle Londons kam hinzu, dass es in dieser riesigen, komplexen Stadt für Menschen mit begrenzter sozialer Kompetenz und geringem Einkommen schon immer schwierig war, bezahlbaren Wohnraum zu finden – gerade auch dann, wenn man von außerhalb kam und nicht über die notwendige „street smartness“ verfügte. Zudem war es für viele Menschen ohnehin schwierig, in der neuen Nachkriegsgesellschaft wieder sesshaft zu werden und ihren Platz zu finden. Es kam hinzu, dass die Bevölkerung sich in eine immer weiter ansteigende Zahl kleinerer Haushalte aufteilte. Als Anfang der 1950er der Höhepunkt der Krise erreicht war, sollten 3500 Londoner Obdachlose in staatlichen Behausungen untergebracht sein. Zugleich war das Besetzen leerstehender Häuser in der Stadt weit verbreitet.

Nachdem die Situation in der frühen Nachkriegszeit also sehr problematisch gewesen war, entspannte sich die Lage von 1951 bis 1958 etwas: Größere staatliche Bau- und Instandsetzungsprogramme sorgten dafür, dass die Wohnungsnot etwas gelindert werden konnte. Bedauerlicherweise handelte es sich dabei aber nur um eine kurze Atempause:

Bereits ab Ende der 1950er verschlechterte sich die Lage wieder – ein Trend, der auch im folgenden Jahrzehnt anhalten sollte. 1963 gab es in den inneren Bezirken Londons zwei Zählungen, welche die Zahl der auf der Straße Lebenden erfassen sollten – sie kamen auf 129 und 120 Personen (wobei auch damals schon die methodische Problematik derartiger Zählungen thematisiert wurde). Knapp zehn Jahre später gingen Schätzungen davon aus, dass auf den Straßen Londons 8000 bis 12 000 Obdachlose leben könnten.

Die grundsätzliche, nie behobene Ursache des Problems war dabei, dass es in London einen chronischen Mangel an bezahlbarem Wohnraum beziehungsweise ein starkes Missverhältnis zwischen der Höhe der Löhne und der Höhe

der Mieten gab. In diesem Zusammenhang spielte es auch eine bedeutende Rolle, dass es nur einen sehr schwachen MieterInnenschutz gab – sodass Menschen sehr schnell „auf die Straße gesetzt“ werden konnten. Im Grunde sind diese Missstände bis zum heutigen Tage nicht behoben worden!

In den 1970ern sollte sich die Situation weiter verschlechtern: Großbritannien war damals der erste westeuropäische Staat, der in größere ökonomische Schwierigkeiten geriet und eine Deindustrialisierung erleben sollte. Der Verlust der einstmals den ganzen Erdball umspannenden Kolonien sowie eine nicht mehr wettbewerbsfähige Wirtschaft führten zu einer „Stagflation“ (einer Mischung aus wirtschaftlicher Stagnation und hoher Inflation), verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit. Großbritannien „stürzte ab“, es gab politische Unruhen – und es ist kein Wunder, dass ausgerechnet dort die nihilistische, sich vom Rest der Gesellschaft radikal abgrenzende Punk-Bewegung entstand. Der Niedergang des Landes sollte sich auch im Bereich der Obdachlosigkeit manifestieren. Die Politik wiederum konnte dieses Thema nun nicht mehr ignorieren und führte 1977 den „Housing (Homeless Persons) Act“ ein, der bestimmten Personengruppen ein Recht auf Versorgung mit Wohnraum einräumte und als großer Schritt in der britischen Sozialgesetzgebung angesehen wird.

Begünstigt durch die immensen wirtschaftlichen Probleme und die vermeintliche Unfähigkeit der Labour-Regierung, die Situation in Griff zu bekommen, gewann die Tory-Partei 1979 unter Margaret Thatchers Führung die Parlamentswahlen. Großbritannien sollte dann das erste europäische Land sein, in dem der Neoliberalismus zur wirtschaftlichen Kerndoktrin wurde: Eine Deregulierung der Wirtschaft, umfassende Privatisierungsmaßnahmen, eine starke Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften sowie massive Kürzungen im Sozialbereich waren die Kennziffern dieser Politik. Auf einer allgemeinen Ebene führte der Neoliberalismus zu einer weiteren Verarmung bereits sozial schwacher Schichten – was dementsprechend auch für viele Menschen das Risiko erhöhte, ihre Wohnung zu verlieren. Des Weiteren sollten aber auch zwei konkrete sozialpolitische Maßnahmen für einen Anstieg der Obdachlosigkeit sorgen:

Das „Care in the Community“-Konzept sah vor, möglichst viele Menschen aus der Psychiatrie beziehungsweise Heimen für körperlich Behinderte zu entlassen. Diese Politik wurde durch eine Reihe von Skandalen hinsichtlich der Zustände in derartigen Institutionen beflügelt. Die entlassenen PatientInnen sollten stattdessen eigenständig leben können und ambulant versorgt werden. Mit dieser Maßnahme wollte die Thatcher-Regierung vor allem Geld sparen. Da die entsprechenden Betreuungsangebote aber oft unzulänglich waren, führte das Konzept dazu, dass ein Teil der Betroffenen früher oder später auf der Straße landete. An dieser Stelle muss allerdings betont werden, dass die Forschung mittlerweile davon ausgeht, dass die Anzahl der auf diese Weise obdachlos gewordenen Menschen geringer ist als ursprünglich angenommen.



Obdachloser in einem Fußgängertunnel der Londoner Innenstadt

Auf einer ganz Ebene anderen sollte das 1980 eingeführte „Right to Buy“-Recht es MieterInnen sozialen Wohnraums erlauben, ihre Unterkünfte käuflich zu erwerben. Ebenso wie „Care in the Community“ war das dieser Politik zugrunde liegende Konzept nicht neu (es hatte auch schon vorher in begrenztem Maße entsprechende Möglichkeiten gegeben), wurde nun aber politisch forciert: Aus MieterInnen sollten stolze *BesitzerInnen* werden – die dann auch, so das Kalkül, eher die Tory- als die Labour-Partei wählen würden. Gut inszenierte PR-Kampagnen stellten die Maßnahme als einen Befreiungsschlag dar, der zudem Geld in die Staatskasse spülen würde. De facto bedeutete diese Maßnahme aber auch eine Abnahme des verfügbaren staatlich geförderten Wohnraumes. Bis 1987 waren dann mehr als eine Million Wohneinheiten verkauft worden. Jenseits einer Verknappung des Bestands an Sozialwohnungen sollte das „Right to Buy“ sich auch an einer anderen Stelle negativ auf die Situation im Bereich der Obdachlosigkeit auswirken: Wer eine Sozialwohnung kaufte und dann mit den fälligen Zahlungen in Rückstand geriet, riskierte, diese Unterkunft zu verlieren – und obdachlos zu werden!

Im Stadtbild war die augenfälligste Manifestation des Anstiegs der Obdachlosigkeit die „Cardboard City“ (Kartonstadt) nahe der Waterloo Station. Erste Menschen siedelten sich dort etwa 1978 in Fußgängertunneln an. Bis zur endgültigen Räumung dieser Siedlung zwanzig Jahre später sollten teilweise um die 200 Personen dort leben. Cardboard City entwickelte sich zu einem Symbol der Unfähigkeit der britischen Gesellschaft, das Problem der Obdach-

losigkeit in Griff zu bekommen.

Eine 1989 im Auftrag der Heilsarmee durchgeführte Zählung besagte, dass es in London 75 000 Wohnungslose gab; dabei wurden im Rahmen einer nächtlichen Straßenzählung 753 Obdachlose aufgefunden – wobei die reale Zahl wahrscheinlich wesentlich größer gewesen sein wird. Im Kontext einer Erhebung von 1991 wurde ihre Anzahl dann auf 1275 Personen beziffert. Große Arbeitslosigkeit und hohe Inflation hatten in den späten 1980er Jahren zusätzlich zu den bereits angeführten Gründen diese Welle der Obdachlosigkeit begünstigt. Besonders auffällig war zu jener Zeit der zunehmende Anteil an jungen Menschen unter den „rough sleepers“. Er war unter anderem auf folgende Gründe zurückzuführen:

- ◆ Eine relativ hohe Jugendarbeitslosigkeit
- ◆ Eine mehrfache Benachteiligung junger Menschen im Bereich der Sozialleistungen – wie zum Beispiel die Regelung, dass Arbeitslose unter 25 Jahre weniger Unterstützung erhielten als Personen oberhalb dieser Altersgrenze.
- ◆ Die vergleichsweise niedrigen Gehälter junger Arbeitnehmer, die in einem Missverhältnis zu den stark ansteigenden Mieten standen.
- ◆ Viele junge Menschen verließen ihre Familie in einem Alter, in dem sie noch nicht wirklich in der Lage waren, auf sich selbst aufzupassen und einen eigenen Haushalt zu führen. Oft waren es auch innerfamiliäre Konflikte, die sie zum Auszug zwangen.

Angesichts der ausufernden Situation sah sich die britische Regierung schließlich zum Handeln gezwungen: Ein „Rough Sleepers Initiative“ (RSI) genanntes Maßnahmenpaket sollte über die frühen und mittleren 1990er hinweg verschiedene Arten von Unterkünften für Obdachlose bereitstellen. Als das zunächst erfolgreiche Projekt dann stagnierte, wurde 1997 wiederum die „Rough Sleepers Unit“ (RSU) ins Leben gerufen, welche die Hilfsangebote verschiedener Behörden koordinieren sollte. Dabei ging es sowohl um Prävention als auch um unterstützende Maßnahmen für die bereits vorhandenen Obdachlosen. Der Ansatz der RSU enthielt dabei auch kontroverse Komponenten – wie zum Beispiel verstärkte polizeiliche Repression und eine PR-Kampagne, in der aufgefordert wurde, bettelnden Menschen kein Geld zu geben. Im Ganzen sollte sich das Programm aber als erfolgreich erweisen und zu einer bedeutenden Verbesserung der Lage führen: In den frühen nuller Jahren gab es nur noch sehr wenige Obdachlose.

Die grundsätzlichen Probleme, die in einer Stadt wie London dazu führen, dass Menschen auf der Straße landen, waren mit diesen Maßnahmen aber immer noch nicht gelöst – und somit sollte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Obdachlosigkeit wieder zunahm: 2011 lebten in London erneut etwa

4000 Menschen auf der Straße. Eine Besonderheit, die Großbritannien dabei mit den USA teilte, war die Tatsache, dass sich unter den Obdachlosen immer auch ein gewisser Prozentsatz an Kriegsveteranen befand: Großbritannien war in der Nachkriegszeit in diverse militärische Konflikte verwickelt gewesen. Um nur die einige davon zu nennen: der Falklandkrieg, der zweite Golfkrieg 1990/91, die Invasion des Iraks und Afghanistans sowie der Jahrzehnte andauernde Konflikt in Nordirland. Ein Teil der aus der Armee entlassenen Soldaten war nicht mehr fähig, sich ins Zivilleben einzugliedern und landete auf der Straße – ein Schicksal, das übrigens nicht nur Soldaten betraf, die an Kriegen teilgenommen hatten. Schätzungen gehen davon aus, dass der Anteil ehemaliger Armeeangehöriger an den Obdachlosen in den neunziger Jahren teilweise bei über 20 Prozent lag!

Ende 2019 riefen Premierminister Johnson und mehrere Tageszeitungen eine Kampagne ins Leben, um „rough sleeping“ innerhalb von vier Jahren zu beenden. Die Regierung wollte dafür 260 Millionen Pfund bereitstellen. Aber bereits wenige Monate später wurde das Land von der Corona-Pandemie überrollt, die sich in zweierlei Hinsicht auf die Obdachlosigkeit in London auswirkte:

Erstens gerieten viele Menschen aufgrund der mit Corona verbundenen wirtschaftlichen Turbulenzen in finanzielle Schwierigkeiten. Sie verloren ihre Arbeitsplätze oder mussten große Einkommensverluste hinnehmen. Das wiederum bedeutete, dass sie ihre Miete nicht mehr bezahlen oder die für den Kauf von Immobilien aufgenommenen Kredite nicht mehr bedienen konnten – und somit den Verlust ihrer Unterkunft riskierten. Zweitens waren, wie in Berlin, die für Obdachlose tätigen Hilfsorganisationen in ihrer Arbeit stark eingeschränkt und die Straßen über Monate hinweg fast leer – was zum Beispiel auf den Verkauf von Straßenzeitungen oder das Betteln katastrophale Auswirkungen hatte. Unter diesen Umständen lebten Ende 2020 mehr als 10 000 Menschen auf den Straßen Londons.

Die großen Turbulenzen der Corona-Jahre sind nun vorüber – während sich an der Situation in Sachen Obdachlosigkeit nur wenig geändert hat. Das liegt daran, dass die Anzahl der *grundsätzlichen* Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit über die Jahrzehnte hinweg sehr überschaubar gewesen ist. Fast sieht es so aus, als würde die Misere grundsätzlich in Kauf genommen, weil größere staatliche Eingriffe (wie zum Beispiel besserer MieterInnen-schutz) mit dem Selbstverständnis einer sich im Grunde – ganz egal, welche Regierung gerade an der Macht ist – als marktliberal verstehenden Nation nicht in Einklang zu bringen sind. Deswegen bleibt die gegenwärtige Situation nach wie vor von Missständen gekennzeichnet, die anhaltend für hohe Obdachlosigkeit sorgen:

- ♦ Ein starker Anstieg der Mieten und Preise für Immobilien, der vielerorts das Wohnen praktisch unerschwinglich macht. So haben sich zum Beispiel die Preise für Häuser in Großbritannien zwischen 2000 und 2020 um 197



Do not sleep here! Anti-Obdachlosen-Architektur im Londoner Osten

Prozent erhöht. Das Problem wird dadurch verstärkt, dass es viele Zweitwohnungen gibt, die den größten Teil der Zeit leer stehen. Und es kommt hinzu, dass in Großbritannien seit Jahrzehnten nicht genügend Häuser gebaut werden, um den Bedarf zu decken.

- ◆ Das Fehlen staatlicher Mietobergrenzen in Kombination mit dem erwähnten unzulänglichen MieterInnenschutz.
- ◆ Staatliche Sozialleistungen fallen in Großbritannien wesentlich geringer aus als in vergleichbaren europäischen Ländern; viele Menschen sind deswegen kaum in der Lage, die hohen Mieten zu zahlen – was automatisch das Risiko von Obdachlosigkeit stark erhöht.
- ◆ Der seit der Thatcher-Regierung durchgeführte Verkauf von Sozialwohnungen hat zu einem dramatischen Schrumpfen der entsprechenden Reserven geführt. Zudem zeichnet sich der noch vorhandene Bestand oft durch sehr niedrige Qualität – häufig gar menschenunwürdige Zustände – aus.

Unter diesen Umständen lässt sich die gegenwärtige Situation sehr genau mit einem Zitat aus der aktuellen Publikation „All the Houses I've ever lived in“ von Kieran Yates (siehe Literaturverzeichnis) beschreiben:

„Homelessness is, of course, the undercurrent of all this, the snake circling at our heels threatening to bite us at any moment. Homelessness is closer to our lives than we would like to think, with many people just one pay cheque away from losing their homes. That doesn't stop the state from demonising and actively targeting homeless people through a lack of supplemental housing or care, and hostile architecture like spiked benches and sonic deterrents.“

4. New York

Nach Kriegsende sollte sich die Obdachlosigkeit in den USA auf einem sehr niedrigen Stand befinden: Die im Rahmen des „New Deal“ ergriffenen sozialpolitischen Maßnahmen, die 1941 mit Kriegseintritt des Landes erfolgende umfassende Mobilisierung der Bevölkerung und die neue Rolle des Landes als globale Supermacht ab 1945 bedeuteten, dass das Gros der Bevölkerung „in Lohn und Brot stand“ beziehungsweise vom Staat angemessen versorgt wurde. Obdachlosigkeit war zu jener Zeit praktisch ein Randgruppenphänomen, ein Zustand gescheiterter Individuen. In New York wurde dieser Personenkreis vor allem von den sich in der Bowery-Straße aufhaltenden Alkoholikern (zumeist Männer) symbolisiert.

Während der sechziger Jahre zeigten sich dann zum ersten Mal Trends, die auf eine mögliche zukünftige Verschlechterung der Situation hindeuteten. Sie bewirkten keinen gravierenden Anstieg der Obdachlosigkeit, sollten in gewisser Hinsicht aber den Boden dafür bereiten: Zum einen war ein einsetzender Niedergang der New Yorker Industrie zu beobachten, der mit einem Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten für niedrigqualifizierte Arbeiter verbunden war. Zum anderen sollte sich Heroin nach und nach in den Armenvierteln der Stadt etablieren. Beide Entwicklungen führten zu einer Schwächung der Resilienz bestimmter benachteiligter Bevölkerungsgruppen – wenngleich ältere weiße Trinker immer noch das vorherrschende „Gesicht der Obdachlosigkeit“ darstellten.

Im folgenden Jahrzehnt sollte die Obdachlosigkeit dann aus dem Bowery-Millieu ausbrechen: Sie breitete sich über große Teile der Stadt aus und betraf nun auch völlig neue Gruppen der Bevölkerung. Für diese Entwicklung gibt es mehrere Gründe. Zu den wichtigsten Faktoren gehörte die Tatsache, dass New York in den 1970ern eine große finanzielle Krise durchlebte, die die Stadt an den Rand des Bankrotts brachte. Diese Entwicklung ging mit dem „Absturz“ bestimmter Wohnviertel, steigender Armut und einer Verknappung des Angebots an bezahlbarem Wohnraum einher. Ebenso schwerwiegend waren die Auswirkungen der neuen Politik, Psychiatrie-PatientInnen aus den Anstalten zu entlassen. Da die geplante ambulante Versorgung dieser Menschen nicht funktionierte, landete ein großer Teil von ihnen früher oder später auf der Straße. Hinzu kamen aus Vietnam zurückkehrende Kriegsveteranen, die oft unter posttraumatischen Belastungsstörungen litten. Auch sie sollten oft obdachlos werden. Seit Mitte des Jahrzehnts waren Obdachlose praktisch ein fester Bestandteil des Straßenbilds, heutzutage werden diese Jahre als „rise of modern homelessness“ beschrieben. Damals siedelten sich auch zum ersten Mal Obdachlose im Untergrund der Stadt an.

Die 1980er sollten zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen. Zu den bereits erwähnten Umständen gesellten sich nun neue Faktoren, welche die Zahl der Obdachlosen weiter in die Höhe schnellen ließen: Die neoliberale



Obdachloser in der New Yorker U-Bahn

„Reaganomics“-Wirtschaftspolitik bedeutete einen Anstieg in der Zahl verminderter Menschen. Zugleich breitete sich die neue Droge Crack rapide in den Armenvierteln der Stadt aus. Sie war noch gefährlicher als Heroin, da die mit ihrem Konsum verbundenen körperlichen und sozialen Auflösungsprozesse wesentlich schneller verliefen. Der zweite „neue Fluch“ der 1980er war die Krankheit Aids. In den ersten Jahren gab es kaum Behandlungsmöglichkeiten, die Betroffenen zerfielen im wahrsten Sinne des Wortes körperlich. Und sie sahen sich massiver sozialer Stigmatisierung ausgesetzt: Wer mit HIV infiziert war, verlor damals oft seinen Arbeitsplatz oder gar seine Wohnung – in einem Land, in dem es ohnehin bis zum heutigen Tage keinen realen Mieterschutz gibt. Es ist nicht genau bekannt, wie viele Obdachlose es damals auf den Straßen New Yorks gab. Man geht davon aus, dass es mehrere zehntausend waren. Die Wohltätigkeitsorganisation „Community Service Society“ (CSS) schätzte ihre Zahl 1981 auf 36 000. Die Zahl der im Untergrund Lebenden stieg dementsprechend ebenfalls stark an – allein im U-Bahnsystem sollen es etwa 5000 Menschen gewesen sein.

Notunterkünfte gab es in der Stadt am Anfang des Jahrzehnts nur für ein paar tausend Personen. Ihre Anzahl sollte sich dann im Laufe der folgenden Jahre aufgrund der „Callahan-Klage“ (mehr dazu unten) zwar mehr als verdoppeln. Aber: Die Umstände innerhalb dieser Institutionen waren oft so schlecht, dass viele Obdachlose einen großen Bogen um sie machten – anstatt dort Schutz zu suchen. Diese Situation hing auch mit der erwähnten Tat-

sache zusammen, dass sich unter den New Yorker Obdachlosen sehr viele Menschen mit gravierenden psychischen Erkrankungen befanden. Um es zusammenzufassen: In den 1980ern ging das Problem der Obdachlosigkeit „durch die Decke“. Zugleich war es eine bereits 1979 gegen die Stadt eingereichte Klage, die New York in drastischer Form dazu zwang, etwas zu unternehmen:

Der legendäre Fall „Callahan v. Carey“ führte dazu, dass New York sich 1981 praktisch verpflichten musste, allen anfragenden Obdachlosen unter bestimmten Bedingungen einen Platz in einer Notunterkunft zu beschaffen. Das bedeutete zwar nicht, dass *alle* Obdachlosen automatisch einen verbindlichen Rechtsanspruch auf eine Unterkunft hatten, führte in der Praxis aber zu einem massiven Ausbau der Kapazitäten – und darüber hinaus auch zur Umsetzung von im Rahmen des Gerichtsprozesses festgelegten Standards für Unterkünfte. Wenngleich die Stadt sich mit der Aufgabe, ihre neuen Verpflichtungen zu erfüllen, teilweise überfordert zeigte (vor allem hinsichtlich der Qualität der Unterkünfte), so war „Callahan“ doch ein riesiger Sprung vorwärts: Obdachlose konnte sich nun konkret auf gewisse Rechte berufen! Die Klage zog übrigens weitere Prozesse wie zum Beispiel „Eldredge v. Koch“ und „McCain v. Koch“ nach sich, in denen es jeweils um die spezifischen Rechte obdachloser Frauen und Familien ging.

Jenseits dieser per Gericht erwirkten Veränderungen versuchte die New Yorker Stadtregierung unter Bürgermeister Ed Koch, im Rahmen eines 1985 verkündeten „Ten-Year Housing Plan“, eine größere Menge bezahlbaren Wohnraums bereitzustellen. Bis 1997 entstanden so mehr als 150 000 Wohneinheiten, von denen etwa 10 Prozent von vorher obdachlosen Familien bezogen wurden. Andere Maßnahmen wie zum Beispiel das 1982 ins Leben gerufene „HELP“-Programm sollten die Not der zahlreichen Obdachlosen mit psychiatrischen Störungen lindern.

In den neunziger Jahren verbesserte sich die Situation auf mehreren Ebenen: Die „Crack-Epidemie“ schien ihren Höhepunkt überwunden zu haben; zugleich lief die Wirtschaft nun relativ gut – und der erwähnte „Ten-Year Housing Plan“ begann, Wirkung zu zeigen. Zudem sollte das 1990 beschlossene „New York/New York Agreement“ einen Meilenstein in der Versorgung psychiatrisch Gestörter mit Wohnraum und weiteren Hilfsangeboten darstellen. Bis Ende des Jahres 2000 konnte so mehr als 7000 Menschen geholfen werden, das Programm gilt als großer Erfolg. Ebenso sollte die 1993 erfolgende Gründung des „Department of Homeless Services“ (DHS) als eigenständiger Behörde zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit und ihrer Auswirkungen von immenser Bedeutung sein. Außerdem wurde nun zum Beispiel zum ersten Mal das im Zusammenhang mit Berlin bereits erwähnte „Housing First“ ausprobiert. Der Psychologe Sam Tsemberis hatte das Konzept damals Schritt für Schritt entwickelt. Zugleich wird aber auch oft darauf verwiesen, dass unter dem von 1990 bis 1993 amtierenden Bürgermeister Dinkins ein Paradigmenwechsel hin zu einer „paternalistischen“ Politik stattfand: Es ging nun nicht

mehr so stark um Rechte, die Obdachlose einfordern konnten, sondern auch um bestimmte Bedingungen und Pflichten, die mit den staatlichen Hilfsangeboten verbunden waren. Dieses neue Konzept wurde vor allem unter Dinkins Nachfolger Giuliani durchgesetzt. In dessen bis 2001 andauernden Amtszeit sollten sich die verschiedenen Hilfsangebote zwar verbessern, aber es gab keine grundsätzlichen Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit. Hinzu kamen in jenem Jahrzehnt auch Kampagnen, die das Ziel hatten, Obdachlose aus unterirdischen Behausungen zu vertreiben – ohne entsprechende Alternativen zu bieten. Während all diese Dinge geschahen, gab es in den 1990ern zugleich ein endloses „Justizgerangel“ hinsichtlich der Umsetzung der aus Fällen wie „McCain v. Koch“ resultierenden Verpflichtungen der Stadt. Teilweise zog es sich bis ins neue Jahrtausend hin!

Mit dem Amtsantritt des Bürgermeisters Bloomberg begann 2002 eine Phase der Stagnation, was Maßnahmen zur Linderung der Not Obdachloser betraf: Bloomberg zeichnete sich teilweise durch bizarr anmutende „Schnellschuss“-Ideen aus, die oft Spott und Häme nach sich zogen. Zugleich vermochte er es aber auch, das System der Notunterkünfte durch mehrere Maßnahmen zu reformieren. Wegweisend war eine von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe, die 2004 den auf fünf Jahre angelegten Plan „Uniting for Solutions Beyond Shelter: The Action Plan for New York City“ ins Leben rief. Der Plan umfasste neun Hauptziele – unter anderem sollte Obdachlosigkeit beendet, verhindert oder zumindest verkürzt werden. Darüber hinaus sollten zum Beispiel staatliche Unterstützungsleistungen koordiniert werden und von Wohnungslosigkeit bedrohten Bevölkerungsgruppen ein besserer Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ermöglicht werden. Zudem sollte das „Housing First“-Programm ausgebaut werden. Im weiteren Sinne ging es dabei um einen erneuten Paradigmenwechsel, hin zu einem „Post-paternalism“, in dessen Rahmen eine grundsätzliche Beseitigung der Obdachlosigkeit das Ziel war.

Am Ende des Jahrzehnts zeigte sich aber trotz dieser positiven Ansätze, dass Bloomburges Maßnahmen weitgehend gescheitert waren und keine relevante Verbesserung der Situation bewirkt hatten. Dieses Ergebnis lag zum großen Teil darin begründet, dass Bloomburges Vorhaben nicht umfassend genug waren, um grundsätzlich etwas zu verändern – auch, weil sie widersprüchliche Ansätze von „sozialstaatlich“ bis zu „neoliberal“ enthielten und teilweise nicht richtig durchdacht waren. So sollte sich zum Beispiel das „Advantage“-Mietzuschussprogramm als großer Fehlschlag erweisen. Am Ende von Bloomburges Regierungszeit gab es 2013 dann etwa 52 000 Obdachlose in New York. Eine ganz andere einschneidende Veränderung hatte es derweil bereits seit 2001 gegeben: Nach den Anschlägen vom 11. September war der Untergrund der Stadt aus Sicherheitsgründen weitgehend abgeriegelt worden – was auch eine Vertreibung der dort lebenden Obdachlosen bewirkte.

Auch Bloomburges Nachfolger, der 2014 die Macht antretende und 2017 im Amt bestätigte Bill de Blasio, vermochte es nicht, wesentliche Änderungen der Situation herbeizuführen. Zwar hatte er ursprünglich ein Engagement für



Kriegsveteranen sind oft obdachlosigkeitsgefährdet – Werbetafel einer staatlichen Hilfsorganisation

soziale Gerechtigkeit bekundet und mit seiner berühmten „Tale of Two Cities“-Redewendung auf die immensen sozialen Gegensätze der Stadt verwiesen. Er sollte in den Jahren seiner Amtszeit erfolgsversprechende Maßnahmen in Gang setzen, wie zum Beispiel Programme für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums – letzten Endes stand dann aber auch er vor einem Trümmerhaufen: Am Ende des Jahrzehnts gab es in der Stadt etwa 72 000 Obdachlose! Im Grunde erging es de Blasio dabei wie seinen Vorgängern:

Angesichts einer Kombination verschiedener Belastungsfaktoren (zu wenig bezahlbarer Wohnraum, nicht genügend Sozialwohnungen, unzulänglicher Mieterschutz, mangelnde Unterstützung verarmter Bevölkerungsschichten, menschenunwürdige Zustände in vielen Notunterkünften) waren einzelne, verstreute Maßnahmen nicht ausreichend, um grundsätzlich etwas zu ändern. Hinzu kam, dass sich zusätzlich zu den alten Problemen seit den nuller Jahren auch neue Faktoren manifestierten, die für einen weiteren Anstieg der Obdachlosigkeit sorgten: Zum Beispiel verstärkte Gentrifizierungstendenzen innerhalb New Yorks und die Tatsache, dass durch die Kriege in Afghanistan und im Irak erneut viele Kriegsveteranen heimkehrten und auf der Straße landeten – ein düsteres Echo des Vietnamkriegs.

Die mit der Corona-Pandemie verbundenen Umstände sollten auch in New York zu entsprechenden Einschränkungen bei von Obdachlosigkeit Betroffenen führen und ihre ohnehin schon äußerst prekäre Situation weiter verschlechtern. Zudem ist durch die Pandemie auch das zivilgesellschaftliche Engagement für Obdachlose teilweise weggebrochen: AktivistInnen und In-

tellectuelle weisen darauf hin, dass sehr viele Menschen mittlerweile nur noch für sich selbst kämpfen würden. Unter diesen Umständen gibt es Ende 2022 immer noch etwa 70 000 Obdachlose in New York. Dabei geht es aber nicht nur um Zahlen, sondern auch um andere Dimensionen der Problematik:

Der Verfasser dieser Schrift besuchte im April dieses Jahres New York. Im Rahmen der vor Ort durchgeführten „Feldforschung“ fiel ihm sofort auf, dass die meisten als obdachlos erkennbaren Menschen sich durch einen wesentlich schlechteren körperlichen und psychischen Zustand auszeichneten als Obdachlose in westeuropäischen Großstädten. Diese Verwahrlosung deutete auf unzulängliche Hilfsangebote und eine stärkere Stigmatisierung der Betroffenen hin. Sie schien aber auch damit zusammenzuhängen, dass auf den Straßen härtere Drogen wie zum Beispiel Crystal Meth und Fentanyl konsumiert werden – in diesem Kontext war das aufgedreht-hyperaktiv wirkende Verhalten vieler als obdachlos erkennbarer Menschen auffällig.

Fazit: Die immense Obdachlosigkeit, die sich in einer Stadt wie New York (und vielen anderen US-Metropolen) erkennen lässt, kann auf zentrale Schwachstellen der nordamerikanischen Gesellschaft zurückgeführt werden, die sich im Bereich der Obdachlosigkeit wie unter einem Brennglas bündeln. Um sie zusammenzufassen:

- ♦ Ein massives Wohlstandsgefälle innerhalb der Gesellschaft, das mit der seit Jahrzehnten zu beobachtenden Verarmung beziehungsweise dem Schrumpfen der amerikanischen Mittelschicht einhergeht.
- ♦ Ein unzulängliches staatliches Wohlfahrtssystem, das dem Gros der verarmten Bevölkerungsschichten kaum Aussichten bietet, ihrem Elend zu entkommen. Darüber hinaus bewirken diese Mängel auch, dass akut in finanzielle Not geratene Menschen (zum Beispiel bei plötzlichem Verlust des Arbeitsplatzes) einem erhöhten Obdachlosigkeitsrisiko ausgesetzt sind.
- ♦ Der Mangel an staatlicher Fürsorge bedeutet auch, dass vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Menschen mit gravierenden psychischen Erkrankungen, Suchtkranke oder Kriegsveteranen einem erhöhten Obdachlosigkeitsrisiko ausgesetzt sind.
- ♦ Hinzu kommt der strukturelle, vielerorts immer noch fest verankerte Rassismus, der es Schwarzen und Angehörigen anderer ethnischer Minderheiten bedeutend erschwert, an bezahlbaren Wohnraum zu gelangen.
- ♦ Ein kaum vorhandener Mieterschutz, der in Kombination mit den obigen Faktoren große Teile der Bevölkerung einer möglichen Obdachlosigkeit preisgibt.



Obdachlosigkeit im gegenwärtigen New York – ein flächendeckendes Phänomen

- ♦ Gentrifizierungstendenzen und andere Faktoren, die zu einem rapiden Anstieg der Mieten beziehungsweise Kaufpreise für Immobilien innerhalb New Yorks geführt haben. Um es auf den Punkt zu bringen: Wohnraum in New York ist zu teuer!

Aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren ergibt sich fast zwangsläufig ein Potenzial für sehr hohe Obdachlosigkeit – und die Erkenntnis, dass man sie nur dann erfolgreich bekämpfen kann, wenn man an mehreren Stellen gleichzeitig den Hebel ansetzt!

5. Schlussfolgerungen

Wenngleich New York, London und Berlin teilweise weit voneinander entfernt liegen, so haben sie im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit mehrere Gemeinsamkeiten: Erstens sind sie alle Städte, die nach wie vor eine über ihre reale Größe oder ökonomische Stärke weit hinaus reichende Anziehungskraft haben: New York als das große Versprechen der Neuen Welt, als *die* Metropole schlechthin, als Stadt der Wolkenkratzer, als „city that never sleeps“. London wiederum als multikulturelle Hauptstadt eines einstmals die Welt umspannenden Imperiums, als Pop-Metropole, als Zentrum eines liebenswürdig-skurrielen Inselvolkes. Und Berlin als „erste Stadt des Westens“, als Sündenbabel, als Verlockung (fast) unbegrenzter Freiheit. Diese drei Metropolen haben mittlerweile in Form „cooler“ Städte wie Kopenhagen, Barcelona, Manchester oder Portland zwar Konkurrenten bekommen – die auf absehbare Zeit aber immer noch „eine Nummer kleiner“ sein werden. Somit bleiben New York, London und Berlin auf absehbare Zeit Magnete für Menschen, die sich Arbeit und Vergnügen erhoffen, die von einem Neuanfang träumen.

Die Erwartungen und Hoffnungen stehen dabei aber oft in einem Missverhältnis zur realen Situation vor Ort; manchmal werden auch die eigenen Fähigkeiten, sich in einer großen Metropole behaupten zu können, überschätzt. Die Ankommenden finden dann keine Arbeit, keine Unterkunft – und werden obdachlos. In gewisser Hinsicht sind solche „Abstürze“ also fast schon vorprogrammiert und gehören zu einer Art chronischen strukturellen Obdachlosigkeit in diesen drei Städten. Dazu gehört auch die Tatsache, dass sie teilweise nur über begrenzte räumliche Wachstumsmöglichkeiten verfügen und deswegen lediglich eine innere Verdichtung möglich ist. Somit bleibt zunächst einmal festzuhalten, dass es in diesen Städten kraft ihrer Attraktivität immer eine potenziell höhere Obdachlosigkeit geben wird als anderswo.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass diese Städte in jenen Ländern liegen, die als Geburtsstätten des Neoliberalismus gelten – Großbritannien, die USA und Deutschland. Innerhalb weniger Jahre kamen in diesen Staaten ab 1979 Regierungen an die Macht, die „dem Markt“ Vorrang gegenüber „dem Sozialstaat“ einräumten. Während in Deutschland allerdings immer noch ein relativ starker Sozialstaat erhalten blieb, sollten der Thatcherismus und die Reaganomics für sozial Benachteiligte gravierende Auswirkungen haben – auch hinsichtlich der Obdachlosigkeit. Ein Vergleich mit den Metropolen von Ländern, in denen es keine neoliberale „Wende“ gab, könnte in diesem Zusammenhang sicher aufschlussreich sein, ebenso wie der Vergleich mit Städten jenseits des Westens.

Die Tatsache, dass alle drei Städte in seit Jahrzehnten mehr oder weniger stark neoliberal geprägten Systemen existieren, bedeutet auch, dass der Staat hinsichtlich der Bereitstellung von Sozialwohnungen keine besondere Rolle mehr spielt: In Großbritannien wurden, wie erwähnt, große Teile des Bestan-

des im Zusammenhang mit der „Right to Buy“-Politik verkauft, ebenso wie der verschuldete Berliner Senat zahlreiche Sozialwohnungen in den neunziger und nuller Jahren praktisch verschleuderte. In New York wiederum reicht das Angebot an staatlich subventioniertem „affordable housing“ bei Weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken. Angesichts dieser Umstände ist in allen drei Fällen die logische Konsequenz, dass Wohnraum zum großen Teil aus privater Hand bereitgestellt wird. Bei der Frage nach den Auswirkungen dieses Sachverhalts enden allerdings die Gemeinsamkeiten:

Vor allem in London, aber auch in New York, lässt man dem Markt zum großen Teil freie Hand, was die Höhe der Mieten und den übrigen Mieterschutz betrifft (Sicherheit vor willkürlichen Kündigungen, angemessene Kündigungsfristen und andere Schutzmechanismen). Diese Verhältnisse bedeuten, dass Menschen mitunter von einem Tag auf den anderen ihre Wohnung verlieren können. In Berlin gibt es wiederum einen MieterInnenschutz, der zwar undichte Stellen aufweist (wie zum Beispiel die Möglichkeit von Kündigungen aufgrund vorgetäuschten Eigenbedarfs), die MieterInnen aber zumindest weitgehend vor einem „mal eben auf der Straße landen“ bewahrt.

Jenseits der Frage nach möglichen Kontrollmechanismen, die den Markt regulieren und MieterInnen schützen können, stellt sich auf der untersten Ebene dann die Frage, ob es staatliche Mechanismen gibt, die sozial schwachen oder akut in Not geratenen Personen direkt zugute kommen – indem der Staat ihnen zum Beispiel einen Zuschuss zur Miete gewährleistet oder diese gar vollständig übernimmt. In New York und London gibt es entsprechende Leistungen, sie sind aber relativ begrenzt und oft nicht ausreichend. In Deutschland wiederum gibt es einen relativ umfassenden Schutz, der es einem großen Teil sozial schwacher MieterInnen erlaubt, ihre Wohnung bezahlen zu können.

Die letzte Ebene im Rahmen eines Vergleiches betrifft dann die Frage, welche Hilfsangebote es gibt, wenn das schlimmste Szenario eintritt und Menschen obdachlos werden. Grundsätzlich ist dabei ein Vergleich insofern schwierig, als dass die Hilfsangebote verschiedener Städte oft kaum miteinander vergleichbar sind. Um das anhand eines Beispiels zu verdeutlichen: Wenn man die Situation hinsichtlich der Notunterkünfte untersucht – wie lässt sich das Angebot verschiedener Städte miteinander abgleichen? Auf den ersten Blick könnte man einfach die Zahl der vorhandenen Plätze betrachten, aber schon nach kurzer Zeit würden sich zahlreiche andere Kriterien aufdrängen:

- ♦ Liegen die Notunterkünfte dort, wo sie gebraucht werden? Sind sie gut erreichbar?
- ♦ Handelt es sich um gepflegte, saubere Unterkünfte?
- ♦ Verfügen die Unterkünfte über Sicherheitspersonal? Gibt es dort Schließfächer?

- ◆ Gibt es Einzel- oder Mehrbettzimmer?
- ◆ Wie sieht die Versorgung der Unterkünfte aus? Sind es nur Schlafstätten oder werden dort auch Mahlzeiten oder zum Beispiel medizinische Versorgung oder Sozialberatung bereitgestellt?
- ◆ Dürfen Obdachlose ihre Hunde mitbringen?
- ◆ Gibt es spezielle Unterkünfte für Gruppen, die besonders gefährdet sind bzw. besondere spezifische Bedürfnisse haben? (Frauen, LGBT-Personen, Suchtkranke)

Jenseits der Frage nach den Unterkünften stellt sich die Frage nach den weiteren Hilfsangeboten. Diese wären:

- ◆ Essensausgabe (statisch oder „ambulant“)
- ◆ Ausgabe von Kleidung, Schuhen, Rucksäcken und anderer wichtiger Utensilien
- ◆ Medizinische Versorgungsangebote
- ◆ Ambulante Kältehilfe („Wärmebusse“) bzw. Hitzehilfe
- ◆ Niedrigschwellige Beratungs- und Therapieangebote

All diese Fragen können hier nur aufgeworfen, aber nicht beantwortet werden. Somit verbleibt als Gewissheit, dass ein umfassender Vergleich der Obdachlosigkeit in verschiedenen Städten immer ein große Herausforderung mit „diversen verbleibenden Fragezeichen“ darstellen wird: Sowohl die Zahl der Obdachlosen als auch ihr Zustand und die vorhandenen Hilfsangebote (mit ihren quantitativen und qualitativen Dimensionen) sind nur schwer zu erfassen. Es kommt hinzu, dass es in jeder Stadt bestimmte Besonderheiten gibt, die zwar interessant sein können, beim Vergleichen aber wieder „herausgerechnet“ werden müssen.

Trotz all dieser Ungewissheiten sind bestimmte Leit motive, Gemeinsamkeiten und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten klar erkennbar: Der Kampf gegen Obdachlosigkeit fängt beim Kampf gegen die flächendeckende, systemimmanente Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen an. Er muss zugleich auf der Ebene des bezahlbaren Wohnraums und des notwendigen MieterInnenschutzes stattfinden. Die letzten Verteidigungslinien stellen dann Hilfsangebote für Obdachlose und vor allem ihre Reintegration in den Wohnungsmarkt in Kombination mit entsprechenden Betreuungsmöglichkeiten dar. Die drei Geburtsstätten des Neoliberalismus haben in diesem Zusammenhang noch einen langen Weg vor sich!

6. Literatur zum Thema

Berlin:

- Berliner Stadtmission / Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Obdachlos in Berlin. 21 Fragen, Berlin (o.A.).

Übersichtliche Broschüre zu grundsätzlichen Aspekten der Obdachlosigkeit innerhalb Berlins.

- Blumensath, Sabine (Hg.): Draußen in Berlin. Geschichten von Mausepaul anderen Wohnungslosen, Freiburg/Breisgau 2011.

Bewegende Textsammlung zur Situation Berliner Obdachloser und der Entwicklung der Obdachlosenhilfe.

- Drommer, Renate: ... und segne, was du uns bescheret hast. Obdachlos in Deutschland, Berlin 1993.

Momentaufnahme“ zur Obdachlosigkeit im Berlin der frühen 1990er.

- Hoek, André: Unter freiem Himmel. Wie ich obdachlos wurde und den Weg zurück ins Leben fand, München 2022.

Bewegender Erlebnisbericht eines ehemaligen Obdachlosen.

- KLIK e.V. (Hg.): Ich bin hier und ich lebe. Porträts wohnungsloser junger Menschen, Berlin 2014.

Die Interviews in den Heften dieser Reihe stellen das Leben junger Obdachloser eindringlich dar.

- Lörscher, Sebastian: Schatten der Gesellschaft. Die Obdachlosen von Berlin, Berlin 2022.

Anschauliche Darstellung Berliner Obdachloser in „Wort und Zeichnung“.

- Mahs, Jürgen v.: Down and out in Los Angeles and Berlin. The sociospatial Exclusion of homeless People, Philadelphia 2013.

Soziologische Vergleichsstudie, die die Ausgrenzung Obdachloser und die Wirksamkeit staatlicher Hilfsmaßnahmen beleuchtet.

- Pfennig, Elisa: Obdachlosigkeit in Berlin und Potsdam. Ein eigener Habitus?, München 2017.

Soziologische Studienarbeit zur Lebenswelt und zum Alltag obdachloser Menschen.

- Puhl, Dieter: Glück und Leid am Bahnhof Zoo. Ein Leben für die Bahnhofsmision, Berlin 2018.

Sehr zu empfehlende Darstellung des ehemaligen Leiters der Bahnhofsmision am Zoo.

- Rollmann, Niko: Der lange Kampf. Die „Cuvry“-Siedlung in Berlin, Berlin 2016.

Darstellung der 2014 geräumten Obdachlosensiedlung in Berlin-Kreuzberg.

- Rollmann, Niko: Obdachlosigkeit in Berlin. Rückblick – Gegenwart – Auswege, Berlin 2020.

Überblicksdarstellung zur Stadt Berlin.

- Thomas, Stefan: Berliner Szenetreffpunkt Bahnhof Zoo. Alltag junger Menschen auf der Straße, Wiesbaden 2005.

Detaillierte Analyse der Situation junger wohnungsloser Menschen am Bahnhof Zoo.

- Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (Hg.): Wie das Leben so spielt. Lebensgeschichten von Wohnungslosen, Berlin 2015.

Heft mit Selbstdarstellungen Wohnungsloser/Obdachloser.

- Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. (Hg.): Zeit für Gespräche, Berlin 2023.

Aus zwei Heften bestehende Auswertung systematischer Befragungen Berliner Obdachloser.

London:

- Burrows, Roger / Pleace, Nicholas u.a. (Hg.): Homelessness and Social Policy, London 1997.

Darstellung des Zusammenspiels von Obdachlosigkeit und Sozialpolitik in Großbritannien.

- Courtenay, Tamsen: Four Feet under. Thirty untold Stories of Homelessness in London, London 2018.

Die Verfasserin hat zwei Monate lang Londoner Obdachlose befragt und fotografiert.

- Fischer, Kevin / Collins, John (Hg.): Homelessness, Health Care and Welfare Provision, London 1993.

Über die Probleme hinsichtlich der Versorgung obdachloser Menschen.

- Florida, Richard: The new urban Crisis. Gentrification, Housing Bubbles, growing Inequality and what we can do about it, London 2017.

Fundierte Kritik der Auswirkungen des Neoliberalismus auf westliche Metropolen.

- Greve, John / Page, Dilys u.a. (Hg.): Homelessness in London, Edinburgh 1971.

Umfassende Analyse der Londoner Obdachlosigkeit in der Nachkriegszeit.

- McClenaghan, Maeve: No fixed Abode. Life and Death among the UK's forgotten Homeless, London 2020.

Umfassende Darstellung zur Obdachlosigkeit in Großbritannien.

- Moore, Jeanne & Canter, David u.a.: The Faces of Homelessness in London, Aldershot 1995.

Mehrschichtige Untersuchung des Phänomens der Obdachlosigkeit.

- Rosen, Michael (Hg.): Give me shelter. Young Homelessness – Impressions in Words and Pictures, London 1991.

Wort- und Bilddarstellungen verschiedener SchriftstellerInnen/ KünstlerInnen zum Thema.

- Yates, Kieran: All the Houses I've ever lived in. Finding Home in a System that fails us, London 2023.

Erhellender, plastischer Erlebnisbericht zur britischen „housing crisis“.

New York:

- Beard, Richard: On being homeless. Historical Perspectives, New York 1987.

Begleitband zu einer Ausstellung über die Darstellung von Obdachlosigkeit in den USA.

- Elliott, Andrea: Invisible Child. Poverty, Survival & Hope in an American City, New York 2021.

Anhand des Schicksals eines jungen Mädchens wird in diesem preisgekrönten Band dargestellt, wie ein Aufwachsen in chronischer Armut zu Obdachlosigkeit führen kann.

- Erlbaum, Janice: *Girlbomb. A halfway homeless Memoir*, New York 2006.

Humorvoller Erlebnisbericht einer jungen Obdachlosen auf den Straßen New Yorks in den 1980ern.

- Freeman, John: *Tales of two Cities. Stories of Inequality in New York*, New York 2020.

Verschiedene AutorInnen thematisieren den Gegensatz zwischen Reichtum und Armut in der Metropole.

- Gibson, Kristina: *Street Kids. Homeless Youth, Outreach and policing New York's Streets*, New York 2011.

Untersuchung zum Leben New Yorker Straßenkinder und der sie betreuenden SozialarbeiterInnen.

- Greenfield, Susan Celia (Hg.): *Sacred Shelter. 13 Journeys of Homelessness and Healing*, New York 2019.

Darstellung von Einzelschicksalen obdachloser Menschen.

- Main, Thomas: *Homelessness in New York City. Policymaking from Koch to de Blasio*, New York 2016.

Darstellung zur New Yorker „Obdachloskeitspolitik“ über vier Jahrzehnte hinweg.

- Morton, Margaret: *Der Tunnel. Die Obdachlosen im Untergrund von New York City*, München 1996.

Über das Leben New Yorker Obdachloser in einem stillgelegten Eisenbahntunnel.

- Nunez, Ralph da Costa: *The Poor among us. A History of Family Poverty and Homelessness in New York*, New York 2013.

Anschauliche Abhandlung zum Thema Armut/Obdachlosigkeit im Laufe der Jahrhunderte.

- Toth, Jennifer: *Tunnel-Menschen. Das Leben unter New York City*, Berlin 1994.

Bedrückende Darstellung des Lebens obdachloser Menschen im Untergrund der Millionenstadt.

Folgende Hefte sind in der „Edition RTH“ erschienen:

Heft I: Verbotener Untergrund

Die unterirdische Geschichte der Berliner Mauer
ISBN: 978-3-00-046280-1

Das Heft behandelt die unterirdische Dimension der Berliner Mauer: Fluchttunnel, Fluchtversuche durch die Kanalisation, die „Geisterbahnhöfe“, verschlossene Keller und Tunnel sowie die „Operation UTA“ des MfS. Mit Literaturliste, Ausstellungs- und Veranstaltungshinweisen (32 S.).

Heft II: Berlin 1945

Die Schlacht um die „Reichshauptstadt“
ISBN: 978-3-00-048324-0

Das Heft thematisiert den Kampf um Berlin im Jahre 1945. Dabei werden die historischen Hintergründe, die besonderen Aspekte der Schlacht, die Auswirkungen, die Legenden, die „ungelösten Rätsel“ und die Gedenkkultur beider Seiten behandelt. Ein ausführlicher Abschnitt behandelt zudem die heute noch sichtbaren Spuren im Stadtbild. Mit Zeittafel und Literaturliste (44 Seiten).

Heft III: NS-Bunker als Gedenkort?

ISBN: 978-3-00-049690-5

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, wie heutzutage mit verbliebenen NS-Bunkern umzugehen ist. Mit historischem Rückblick auf das „Zeitalter des Betons“, einer Darstellung der Problematik des grassierenden „Bunkertourismus“, Fotos verschiedenster europäischer Fallbeispiele, Hinweisen zur Gestaltung von Bunker-Ausstellungen und einer Literaturliste (36 Seiten).

Heft IV: „Unter Hitler hatten alle Arbeit!“

Die langlebigen Mythen des Nationalsozialismus
ISBN: 978-3-00-051823-2

Dieses Heft thematisiert langlebige Mythen aus der NS-Zeit, die bis zum heutigen Tage immer wieder auftauchen. Dabei geht es zum Beispiel um die Behauptung, dass es im Nationalsozialismus keine Arbeitslosigkeit und kein Verbrechen gegeben habe – oder die „Wunderwaffen“-Mythen und die These, dass der Angriff auf die Sowjetunion nur ein Präventivschlag gewesen sei. In kompakter Form werden die fünf gängigsten Legenden dargestellt und widerlegt. Mit Literaturliste (36 Seiten).

Heft V: „Flüchtlinge in Berlin – damals und heute“

ISBN: 978-3-00-054424-8

Diese Publikation behandelt die Geschichte der in Berlin eintreffenden Flüchtlinge vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Als Überblicksdarstellung zeigt sie, wie Flüchtlinge in der Stadt aufgenommen wurden und wie sie Berlin veränderten. Das bebilderte Heft umfasst eine Zeittafel, ein Literatur- und Adressenverzeichnis zum Thema. Es ist sowohl für historisch interessierte Leser als auch für Aktivisten und Multiplikatoren geeignet (47 Seiten).

Heft VI: „Der Spanische Bürgerkrieg 1936-1939“

ISBN: 978-3-00-055452-0

Kaum ein Konflikt hat Europa so sehr erschüttert wie der Bürgerkrieg, der Spanien von 1936 bis 1939 verwüstete. Oft wird dieser Kampf auch als „Auftakt zum Zweiten Weltkrieg“ gesehen. Sowohl NS-Deutschland als auch Mussolinis Italien und die Sowjetunion waren an dem erbitterten Ringen militärisch beteiligt. Zugleich kämpften zahlreiche Freiwillige aus dem Ausland auf beiden Seiten. Das Heft stellt die komplexen Ereignisse in einer klaren, übersichtlichen Form dar und thematisiert auch die Frage, wie Spanien heutzutage mit dieser düsteren Vergangenheit umgeht (36 Seiten).

Heft VII: „Die Alliierten in Berlin 1945-1994“

ISBN: 978-3-00-059138-9

Ein halbes Jahrhundert lang - von 1945 bis 1994 - sollten die alliierten Besatzungsmächte die geteilte Stadt Berlin prägen. Die Präsenz von Amerikanern, Russen, Briten und Franzosen gehörte dabei für viele Berliner zum Alltag. Zwischendurch gab es aber auch immer wieder dramatische Vorfälle und unerwartete Ereignisse. Heutzutage droht dieser Abschnitt der Geschichte in Vergessenheit zu geraten. Dieses Heft vermittelt einen anschaulichen Überblick und zeigt auf, wo die Alliierten ihre Spuren in Berlin hinterlassen haben (36 Seiten).

Heft VIII: „Kleiner Berliner Nachhaltigkeits-Leitfaden“

ISBN: 978-3-00-062864-1

Wie können Alltag, Konsum und Finanzen in Berlin nachhaltig gestaltet werden? Unser kleiner Leitfaden enthält zahlreiche Tipps und Adressen dazu. Darüber hinaus werden auch nützliche Websites, weiterführende Literatur und sonstige Medien aufgeführt (28 Seiten).

Heft IX: „Corona schlug ein wie eine Bombe“
Die Situation Berliner Obdachloser während der Pandemie
ISBN: 978-3-9822433-0-6

Die Corona-Pandemie sollte gerade für die Obdachlosen Berlins eine Katastrophe darstellen! Diese Schrift dokumentiert die verschiedenen Auswirkungen der Seuche auf die Betroffenen. Zugleich wird beschrieben, wie die Obdachlosen, die sie unterstützenden Hilfsorganisationen, die Behörden und engagierte BürgerInnen versuchten, mit dieser Situation umzugehen. Zudem thematisiert das Heft, welche entsprechenden Vorkehrungen für den Fall zukünftiger Pandemien zu treffen sind. (36 S.)

Heft X: „Die Vier-Sektorenstadt Berlin“
Ihr Status seit 1945 und das Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971
ISBN: 978-3-9822433-1-3

Die Stadt Berlin erlebte ab 1945 dramatische Zeiten: Sie war praktisch ein Zankapfel der alliierten Besatzungsmächte. Über die Jahre hinweg gab es mehrere große Krisen, in denen es oft um die Frage ging, welchen rechtlichen Status die Stadt – und vor allem West-Berlin – hatte. Erst mit dem Viermächteabkommen von 1971 wurden diese Fragen geklärt. Das Heft erläutert ausführlich die entsprechenden Umstände und die Bedeutung des Abkommens (36 Seiten).

Heft XI: „Jenseits vom Checkpoint Charlie“
Andere Seiten der Berliner Mauer
ISBN: 978-3-9822433-3-7

Die Erinnerung an die Berliner Mauer wirkt heutzutage oft wie "versteinert": Es werden immer wieder die selben Geschichten erzählt und die bereits allseits bekannten Orte durchkonjugiert. Dabei gibt es aber zahlreiche Aspekte, Ereignisse und Entwicklungen, die der Öffentlichkeit kaum bekannt sind. In diesem Heft wird die Geschichte der Berliner Mauer anhand von sieben "Einblicken" aus einem anderen Blickwinkel erzählt, um so einen neuen Zugang zur Thematik zu erlauben (28 Seiten).

Heft XII: „Corona – der Blick über den Tellerrand
Globale Aspekte einer Pandemie“
ISBN: 978-3-9822433-2-0

Vor allem in der Anfangszeit der Corona-Pandemie war unsere Sicht auf das Geschehen sehr stark auf das eigene Land fixiert. Bestenfalls interessierte man sich noch dafür, was in europäischen Nachbarländern oder den USA passierte. Wie aber sah es mit dem Rest der Welt aus – welche globalen Trends zeigten sich während der Pandemie in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft? Welche Gemeinsamkeiten, welche Unterschiede gab es? (24 Seiten)

Heft XIII: „Demokratie unter Druck“

ISBN: 978-3-9822433-4-4

Diese Broschüre beschreibt anschaulich, welche Faktoren und Entwicklungen momentan die größten Bedrohungen für unsere Demokratie darstellen. Dabei liegt der Schwerpunkt bei den mit dem Internet verbundenen Trends. Im Einzelnen geht es um Hass im Internet, „verzerrte Realität“, Desinformation, Verschwörungstheorien und die Verschärfung sozialer Ungleichheiten. Mit Literatur- und Websites-Liste (24 Seiten).

Heft XIV: „Berlin zum Mitmachen“

ISBN: 978-3-9822433-5-1

Oft wird behauptet, dass BürgerInnen in einer Stadt wie Berlin nicht genügend Optionen der Partizipation hätten. Tatsächlich gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, sich „vor Ort“ einzubringen. In dieser Broschüre werden verschiedenste Varianten des Mitmachens dargelegt – zusammen mit Hinweisen, auf welche „Fallgruben“ mitunter zu achten ist (24 Seiten).

Heft XV: „Unsere Welt“

Die „Teepeeland“-Siedlung in Berlin durch die Augen ihrer BewohnerInnen gesehen

ISBN: 978-3-9822433-6-8

Die informelle Siedlung „Teepeeland“ am Spreeufer nahe des Ostbahnhofs gilt mittlerweile als eine Art Musterbeispiel erfolgreichen alternativen Lebens in Berlin. Dabei wird dieses kleine Dorf zumeist aber nur mit dem „Blick von außen“ der gängigen Medien dargestellt. Im Rahmen eines in dieser Broschüre dokumentierten „Photovoice“-Projektes hatten die BewohnerInnen Teepeelands Gelegenheit, ihre Welt in eigener Regie zu zeigen (36 Seiten).

Bestellung unter info@rth-berlin.de oder auf www.rth-berlin.de

Impressum

Robert-Tillmanns-Haus e.V. An der Rehwiese 30 14129 Berlin
www.rth-berlin.de info@rth-berlin.de

Text & Bilder: Niko Rollmann Satz & Layout: Beatrice Freund
Druck: brandung³

ISBN: 978-3-9822433-7-5
1. Auflage 2023

Anerkannter Träger der Bundeszentrale für politische Bildung